Behörden Spiegel
newsletter
Rettung. Feuer. Katastrophe.

NeueStadt.org
Die neue Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

Nr. 64 Berlin und Bonn 14. Juli 2022 ISSN 2699-9749

Broemme meint

Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages

(BS) Zum dritten Mal innerhalb von gut zwei Jahren gab es eine Anhörung zum Thema Katastrophenschutz/Zivilschutz im Bundestag. Die letzte Anhörung bezog sich schwerpunktmäßig auf das Thema "Was haben wir aus der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz gelernt?".

Ich habe auf Probleme hingewiesen, die auch ihre Ursachen im Selbstverständnis des Katastrophenschutzes haben. Zum einen leiden wir an Erkenntnisignoranz. Es fällt uns also schwer über Fehler zu reden und vor allem Erkenntnisse aus anderen Bereichen anzuwenden. Ein anderes Problem ist die Hochwasserdemenz. D. h., nach Unglücken wird schnell zu viel vergessen und zu wenige Konsequenzen gezogen. Als drittes Problem habe ich die Verantwortungsdiffusion herausgestellt, dass durch kleinteilige Aufteilung unklar wird, für was letztlich wer verantwortlich ist. Das vierte Problem ist die konzentrierte Unfairness. D. h., es wird sehr schnell über den vermeintlichen Schuldigen gesprochen, ohne zu wissen, was eigentlich passiert ist.

Ich hoffe sehr, dass diese Aufarbeitung im Bundestag dazu beiträgt, dass wir zukünftig besser gewappnet sind.

Albrecht Broemme
Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Einsatzstärkstes Jahr der THW-Geschichte

(BS) Das Technische Hilfswerk (THW) blickt auf das einsatzstärkste Jahr seiner Geschichte zurück. Im vergangenen Jahr leisteten Kräfte des THW 3,7 Millionen Einsatzstunden. Das entspricht einer Verdreifachung im Vorjahresvergleich. Der Großteil der Einsatzstunden wurde in der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz absolviert.

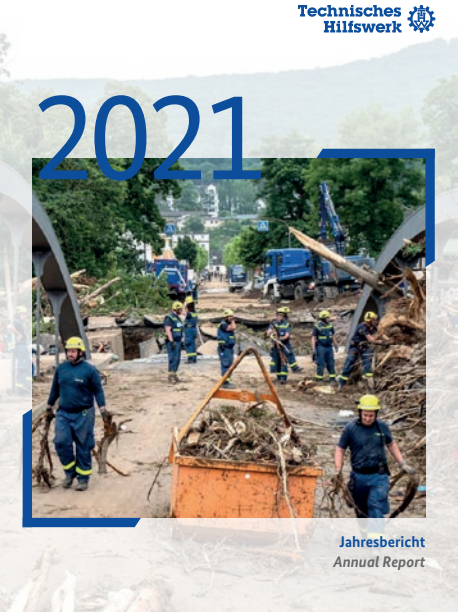
Rund 2.560.000 Einsatzstunden entfielen auf die Bewältigung der Flutfolgen, bei der die THW-Kräfte u. a. Aufräumarbeiten und Instandsetzungen durchführten. Zum Vergleich: In 2020 leisteten die Helferinnen und Helfer über 1,1 Millionen Einsatzstunden insgesamt für das komplette Jahr. Bei der Bewältigung der Katastrophe waren erstmalig alle 668 Ortsverbände sowie alle Fähigkeiten gleichzeitig gefordert. So bauten die Fachgruppen Brückenbau in diesem Zusammenhang 22 Behelfsbrücken auf, da in der Flutnacht 62 Brücken durch die Wassermassen zerstört und unbrauchbar geworden sind. Die Behelfsbrücken werden so lange Bestand haben, bis die Neubauten stehen. Weitere Behelfsbrücken sind derzeit noch in Planung.

Wie im vergangenen Jahr auch forderte die Corona-Pandemie das Hilfswerk. Im Rahmen der Pandemiebekämpfung leisteten die Kräfte 390.000 Einsatzstunden. Neben Logistikaufgaben übernahmen die Helfer des Hilfswerks den Aufbau von Impf- und Testzentren sowie von Hilfskrankenhäusern oder Beratungen auf Bundes- und Landesebene.

Rekord bei der Mitgliederentwicklung

Aufgrund der Mitgliederkampagne "Deine Zeit ist jetzt" und unter dem Eindruck der Flutkatastrophe traten rund 9.000 Menschen dem THW bei. Dies entspricht einer Verdopplung der Neueintritte. Allein nach der Flutkatastrophe bekundeten rund 5.000 Menschen ihr Interesse dem THW beizutreten. Schon 3.700 ehrenamtliche Kräfte konnten 2021 ihre Grundausbildung absolvieren, knapp 30 Prozent davon waren Frauen.

Der Anteil an weiblichen Kräften im Ehren- und Hauptamt soll aber noch weiter steigen. Rund 16 Prozent der ehrenamtlichen THW-Kräfte, also rund 11.000 Einsatzkräfte, und rund 40 Prozent der hauptamtlichen Beschäftigten sind weiblich. Das Engagement von weiblichen Führungskräften soll aber in Zukunft gestärkt werden.



Das vergangene Jahr war für das Technische Hilfswerk (THW) ein Jahr der Superlative. So viele Einsatzstunden wie letztes Jahr wurden noch nie geleistet.

Foto: BS/THW

Der vollständige THW-Jahresbericht findet sich hier.

Krebserregende Feuerwehrarbeit

(BS) Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC), eine Einrichtung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), hat Feuerwehrarbeit als krebserregend eingestuft. Dies gab die Agentur in einer neuen Monografie an. Bisher wurde die Arbeit von Feuerwehrfrauen und -männern von der Organisation als "möglicherweise krebserregend" eingestuft.

Viele Stoffe, die bei einer Verbrennung entstehen können, werden von der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) als krebserregend eingestuft.

Foto: BS/Benedict Rottmann, pixabay.com

Es gebe ausreichende Beweise für Krebs beim Menschen für die Krebsarten Mesotheliom und Blasenkrebs in Folge der Brandbekämpfung. Für die Krebsarten, wie Hodenkrebs oder Melanome der Haut habe es begrenzte Hinweise gegeben. Feuerwehrleute seien durch ihre Arbeit einer Vielzahl von Stoffen ausgesetzt, die bei der Verbrennung von Material entstehen. Zu diesen Stoffen zählen u. a. polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, flüchtige organische Verbindungen, Metalle und Feinstaub. Zudem gebe es weitere Gefahrenquellen wie Hitzestress, Schichtarbeit und andere Strahlungen, die krebserregend sein könnten. Welche Konsequenzen aus der neuen Einstufung resultieren, ist noch nicht absehbar.

Marcus Bätge, Geschäftsführer der FeuerKrebs gUG, begrüßte die Einstufung und forderte: "Die FeuerKrebs gUG fordert eine stringentere Umsetzung bereits vorhandener Gesetze und Verordnungen (GefStoffV§10), die Schaffung gesetzlicher Maßnahmen für eine Anerkennung als Berufskrankheit auf politischer Ebene und strebt die Durchsetzung von Ansprüchen auf Versorgungsleistungen bei Krebserkrankungen bei betroffenen Feuerwehrleuten an. Was wir wollen, ist eine spezielle Gesetzgebung, die berufsbedingte Krebserkrankungen verwaltungstechnisch und unbürokratisch anerkennt und es ermöglicht, Entschädigungen zu gewähren, die den krebskranken Feuerwehrleuten nicht nur moralisch zustehen."

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

(BS) In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

Newsletter "Netzwerk Sicherheit" 11. Juli:
- Fast 20 Millionen Euro erbeutet
- Weniger Angriffe auf Polizeibeamte in Bayern

Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 11. Juli:
- Zielgerichtete Unterstützung der Ukraine

Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 13. Juli:
- Das zweischneidige Schwert der Souveränitätsdebatte

E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC
- Momentum der aktuellen Krisen

PODCASTS

Podcast "Public Sector Insider" 12. Juli:
- Im Gespräch mit Dr. Alfred Kranstedt, Direktor des ITZBund

Podcast "Public Sector Insider - Stichwort" 29. Juni:
- Die OP der Zukunft

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den Öffentlichen Dienst von morgen.
www.f4p.online

Von Erkenntnisignoranz und Systemfehlern

(BS) Die Frage, was man das nächste Mal besser machen kann, und die Frage nach einem Lessons learned sind auch ein Jahr nach der Katastrophe noch von besonderem Interesse. Mit einem Jahr Abstand stellen Expertinnen und Experten dabei den Strukturen ein schlechtes Zeugnis aus. Die Vorwürfe reichen von Erkenntnisignoranz bis hin zu Versagen.

Das letzte Mal, dass es diese Anzahl an Toten bei einer Katastrophe gegeben habe, sei die Sturmflut 1963 gewesen. Dies sei für alle ein Schock gewesen, sagt Albrecht Broemme, ehemaliger Präsident des Technischen Hilfswerks (THW) und Vorsitzender des Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit (ZOES).

Landesamt für Katastrophenschutz in jedem Land

Ein Problem sei in Deutschland, dass man eine Erkenntnisignoranz habe. "Es gibt zwar Erkenntnisse, die man hat, die werden aber nicht genügend umgesetzt", so Broemme. Es werde zudem über Fehler nicht so offen geredet, wie es sein müsste. Dies liege an der in Deutschland schwach ausgeprägten "Fehlerkultur". Dies führe dazu, dass gleiche Fehler immer wieder gemacht würden. Ein Beispiel seien hierbei die Spontanhelfer. Zwar gebe es schon Konzepte, diese einzubinden. Diese Konzepte seien aber noch nicht in die Praxis umgesetzt worden. Ebenso versage die Krisenkommunikation regelmäßig. Diese müsse mehr trainiert werden.

Das zweite Problem sei die Hochwasserdemenz. "Ich definiere die so: Nach einem halben Jahr ist die Hälfte vergessen. Nach einem Jahr alles", erklärt Broemme. Die beträfe Anwohner, die an der gleichen Stelle ihr Haus aufbauen wollten, aber auch Kommunen. Er sieht erheblichen Handlungsbedarf bei der Ausstattung des kommunalen Katastrophenschutzes und der Sensibilisierung der Bevölkerung sowie der Wirtschaft.

Zudem müsse als drittes Problem die Verantwortungsdiffusion angegangen werden. Kompetenzen, Zuständigkeiten und Prozesse müssten in einem Ressort gebündelt werden, so Broemme. Er fordert dafür die Aufstellung eines "Landesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenvorsorge" in jedem Land. "Katastrophe ist Kreisliga", ein besonders schlechtes Zeugnis stellt Andy Neumann, Betroffener der Flutkatastrophe, den Katastrophenschutzstrukturen aus. Aus seiner beruflichen Erfahrung als BKA-Beamter kritisiert er die Aufgabenteilung sowie die Aufgabenübergänge zwischen den Ebenen. Er bemängelt, dass nur ein Bruchteil der zur Verfügung stehenden Kräfte in direkter Verfügungsgewalt des Landes Rheinland-Pfalz bzw. des Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler gestanden hätte. Für die Koordination sei aber eben diese Kreisverwaltung spätestens nach dem 15. Juli 2021 verantwortlich gewesen.

Gesetzgeberische Systemfehler

"Ich nenne das einen gesetzgeberischen Systemfehler, eine strategische Fehlleistung, eine konzeptionelle Katastrophe, in Kurzform, schlicht und ergreifend, beschämend", klagt Neumann an. Es reiche nicht aus, nach der Katastrophe zu sagen, dass eigentlich alles super gelaufen und der Katastrophenschutz gut aufgestellt sei. Dies sei für die Opfer des Ahrtals ein Schlag ins Gesicht. Konkret fordert der BKA-Beamte, dass die

Was kann ein Jahr nach der Flutkatastrophe gelernt werden?

Foto: BS/Bundeswehr

gelebte Praxis des Polizeialltags auch im Katastrophenschutz Anwendung finden soll. Dies umfasse u. a., dass man alle Landkreise dazu verpflichte, in der Erstphase die Menschenrettung planmäßig vorzubereiten. Dazu müssten professionelle Führungskräfte und deren Aufgaben benannt sowie eine 24/7-Fähigkeit vorgehalten werden. Alles müsse gesetzlich definiert werden. Alle Bundesländer müssten zudem verpflichtet werden, Landeskrisenstäbe mit Lage- und Einsatzzentren zu unterhalten. Ebenso gehöre die koordinierende Gesamtverantwortung in die Hände des Bundes. Dazu sei das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) prädestiniert.

Der Gewalt begegnen

(BS) 67 tätliche Angriffe, sechs tätliche Angriffe mit einer Waffe, 18 tätliche Angriffe mit einem gefährlichen Gegenstand, 23 Sachbeschädigungen, 92 Beleidigungen, 73 Bedrohungen mit Worten, zwölf Bedrohungen mit Waffen und 13 Bedrohungen mit einem gefährlichen Gegenstand: Das ist die Bilanz der Berliner Feuerwehr zum Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte aus dem vergangenen Jahr. Die Zahlen dürften in anderen Kommunen vergleichbar sein. Doch wie soll man diesem Thema begegnen? Auf dem Symposium "Gewalt gegen Einsatzkräfte" ist man auf die Suche gegangen.

Eine positive Nachricht hat Anne Gehrke, Referentin am Institut für Arbeit und Gesundheit (IAG) der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), zu Beginn dabei. Das Thema habe in den vergangenen Jahren zunehmend an öffentlichem Interesse gewonnen. Doch da enden schon die guten Nachrichten. Ein Problem beim Thema "Gewalt gegen Einsatzkräfte" sei, dass man kein gutes Lagebild habe. Zwar stiegen die Zahlen in den Statistiken, doch führt das Gehrke auf eine zunehmende Sensibilisierung zurück. Jedoch fehle eine umfassende Erhebung. Die Gründe dafür seien, dass Übergriffe nicht gemeldet würden, weil teilweise nicht bekannt sei, was man alles melden könne. Ebenso seien nicht alle Übergriffe meldepflichtig.

Gewalterfahrungen weiterverbreitet

Bei einer Umfrage zu Gewalterfahrungen, die sie bei der DGUV 2020 durchgeführt hat, habe man eine gute Rücklaufquote gehabt. Insgesamt hätten sich 2.668 aktive Feuerwehrangehörige beteiligt. Von diesen hätten in den vergangenen zwei Jahren 35 Prozent schon Gewalt erlebt. 70 Prozent davon seien beleidigt und über 20 Prozent seien bedroht worden. Einen tätlichen Angriff hätten schon knapp vier Prozent erlebt. Ebenso spiele bei Bedrohungen und Beleidigungen zunehmend auch Social Media eine Rolle. Die meisten Gewalttaten hätten sich in kleinen bis mittleren Städten ereignet. Zur Täterstruktur könne man sagen, dass es sich meistens um Einzeltäter handele. Schwieriger sei die Einschätzung, ob der Täter unter Alkohol- oder Drogeneinfluss gehandelt habe. In der Hälfte der Fälle seien sich die befragten Einsatzkräfte nicht sicher gewesen. All diese Daten seien jedoch für die Präventionsarbeit wichtig, betont Gehrke.

Wie kann Gewalt verhindert werden? Dazu sprachen (v.l.n.r.) Thomas Wittschurky, Karl-Heinz Banse, Dr. Janina Dressler und Stephan Manke. *Foto: BS/Klawon*

Handlungsspielräume erweitern

Dem kann sich Max Eggeling, Präventionsexperte und Ausbilder, anschließen. Er sagt: "Erst wenn man versteht, warum Leute angreifen, kann man Präventionsmaßnahmen erstellen." Er selbst wurde während seiner Tätigkeit beim Rettungsdienst Opfer von Gewalt. Zwar habe das damalige Verfahren zu nichts geführt, dennoch geht Eggeling davon aus, dass kein Mensch per se gewalttätig sei. Für einen Großteil sei Gewalt immer nur ultima ratio. Doch gerade bei einem Einsatz, der für den "Normalbürger" eine Extremsituation darstelle, sei der gefühlte Handlungsspielraum stark eingeschränkt. Dies habe zur Folge, dass Menschen irrational handelten. Um die Situation zu deeskalieren, müssten Einsatzkräfte frühzeitig eine brenzlige Situation erkennen und den Handlungsspielraum für die Person wieder öffnen. Es gehe niemals darum, Menschen zu kontrollieren, sondern es müsse die Situation kontrolliert werden. Dazu müssten den Menschen immer wieder alternative Handlungsoptionen aufgezeigt werden. Eggeling sei sich bewusst, dass das Einsatzgeschehen dies manchmal kaum zulasse bzw. die Einsatzkraft selbst keine Öffnungsmöglichkeiten sehe.

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Deshalb fordert er einen Paradigmenwechsel in der Ausbildung von Einsatzkräften, da es noch viel Potenzial gebe, um Kräfte in diesen Extremsituationen souveräner zu machen. Dafür brauche es aber mehr Geld.

Keine Konsequenz

Eine Änderung in der öffentlichen Wahrnehmung konnte Dr. Janina Dressler, Präventionsbeauftragte der Berliner Feuerwehr, beim Thema Gewalt feststellen, aber die Konsequenzen aus dieser Wahrnehmung seien bisher nicht gezogen worden. Es fehle an Geld und Ressourcen. Selbst bei ihrer Stabsstelle, die in Deutschland einzigartig sei, komme sie an ihre Grenzen. "Ich versuche seit drei Jahren, mehr Personal zu bekommen", berichtet sie. Bisher seien ihre Bemühungen vergeblich. Aber nicht nur fehlendes Geld erschwert die Arbeit, sondern auch das geringe Interesse von Staatsanwaltschaften, Angriffe zu verfolgen, frustriere viele Einsatzkräfte. "Die Strafverfolgung und Ahndung wird nicht in dem Maße durchgeführt, wie sie könnte", kritisiert Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV). Weiter bemängelt er den fehlenden Rechtsbeistand bei Verhandlungen für betroffene Feuerwehrkräfte durch Kommunen. Die Gefahr der Frustration bei ergebnislosen Verhandlungen sei hoch. Banse sorgt sich davor, dass diese mangelhafte Verfolgung und die Gewalt selbst junge Menschen abschrecke, sich bei der Feuerwehr zu engagieren, und ältere Feuerwehrkräfte aus Frust den Dienst quittierten.

Strafverschärfung nicht zielführend

Thomas Wittschurky, Geschäftsführer der Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen, sieht auch das Problem in der Verfolgung. Er erteilt aber Forderungen nach einer Strafverschärfung eine Absage. Es bringe nichts, etwas zu verschärfen, wenn es nicht angewendet werde. Stephan Manke (SPD), Staatssekretär im niedersächsischen Innenministerium, vermutet, dass den Staatsanwaltschaften häufig das Wissen fehle, was ein solcher Angriff, ob verbal oder körperlich, für die Einsatzkräfte bedeute. Der Partner Staatsanwaltschaft müsse stärker miteinbezogen werden. Deshalb bedürfe es einer Sensibilisierung der Justiz. Es reiche nicht nur aus, auf oberster politischer Ebene tätig zu werden, sondern es müsse in der Fläche einen Wandel geben.

Manke macht sich in diesem Zusammenhang für eine häufigere Anwendung eines Täter-Opfer-Ausgleichs stark. Diese Möglichkeit sei vielleicht wirksamer als ein Strafverfahren, da so die Täter mit ihrem Handeln und dem Opfer stärker konfrontiert würden. Er kündigte deshalb in diesem Zusammenhang Gespräche mit dem niedersächsischen Justizministerium an.

ONLINE-CRASHKURS: Allgemeines Verwaltungsrecht für Nicht-Juristen

Kompakter Überblick für Neu- und Quereinsteiger

Behörden Spiegel | Aus der Praxis für die Praxis
Kompetenz für Fach- und Führungskräfte

Dieser Online-Crashkurs soll kompakt Grundkenntnisse im öffentlichen Recht mit Bezugnahme zur alltäglichen Arbeit in der Verwaltung vermitteln. Die Teilnehmenden erwerben anhand von Fallbeispielen und Übersichten Wissen zu den grundsätzlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und deren Einbettung in das Rechtssystem. Sie erwerben Kenntnisse zu zentralen Fragen im Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahrensrecht unter Bezugnahme zur praktischen Arbeit in einer Behörde. Sie erhalten einen Überblick zu den wesentlichen Grundzügen eines Verwaltungsverfahrens unter Berücksichtigung der Rechte aller Beteiligten.
Die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer werden den Verwaltungsakt als wichtiges öffentlich-rechtliches Handlungsinstrument und dessen Wirksamkeitsvoraussetzungen kennenlernen. Und sie werden den Handlungsspielraum einer pflichtgemäßen Ermessensentscheidung verstehen lernen.

THEMENÜBERBLICK, 28. August 2022, 09:00-16:00 Uhr:

- Aufgaben der öffentlichen Verwaltung
- Aufbau der Bundesverwaltung – Träger öffentlicher Gewalt
- Abgrenzung Öffentliches Recht-Privatrecht
- Standort VwVfG im Öffentlichen Recht – allgemeines/besonderes Verwaltungsrecht
- Verwaltungsverfahren/Rolle der Beteiligten am Verwaltungsverfahren
- Handlungsform der öffentlichen Verwaltung – der Verwaltungsakt
- Wirksamkeit von Verwaltungsakten
- Nebenbestimmungen
- Widerruf/Rücknahme von Verwaltungsakten
- Ermessen/Pflichtgemäße
- Ermessensentscheidung

Foto: ©Milan, stock.adobe.com

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchworte „Crashkurs"

Mehr Sicherheit für Kinder

(BS) Fußballspielen mit Freunden? Dafür muss man heute nicht mehr auf den Bolzplatz. Und dreckig machen muss man sich ebenfalls nicht mehr. Das geht schließlich auch ganz bequem von zuhause aus mit der Konsole. Gemeinsam zocken, chatten oder online Videos anschauen. Für Kinder gehört all das zum Alltag dazu, sie wachsen in einer digitalen Welt auf und mobile Endgeräte sowie das Internet gehören zu ihren täglichen Begleitern. Genau das macht sie zu beliebten Opfern von Kriminellen im Netz.

Das Internet bietet eine Vielzahl an Angeboten, die Kinder ohnehin gerne nutzen. Durch Corona, Homeschooling und Co. hat sich ihre Lebenswelt noch weiter ins Digitale verlagert. Kriminelle wissen diese Situation auszunutzen und die Möglichkeiten des Internets für ihre Zwecke zu gebrauchen. "Durch die neuen digitalen Zugangswege werden Kontaktanbahnungen zu Minderjährigen mit dem Ziel des sexuellen Missbrauchs zunehmend einfacher und schwerer kontrollierbar", erklärt Dr. Horst Baier, IT-Bevollmächtigter der Landesregierung in Niedersachsen, im Vorwort des aktuellen Kinderschutzallianz-Newsletters. "Es bleibt unbestritten: Unsere Kinder brauchen unseren Schutz und unser Vertrauen."

Die Möglichkeiten für Präventions- und Unterstützungsarbeit sind vielseitig. Mit "Ben sagt Nein" und "Lena sagt Nein" – Pixi-Büchern, die vor kurzem neu aufgelegt wurden – können Kinder beispielsweise schon früh lernen, Grenzverletzungen zu

KINDERSCHUTZALLIANZ
THE ALLIANCE FOR CHILDREN
Newsletter
Ausgabe 1.2022
Inhalt
Vorwort

begegnen und Hilfe zu suchen. Ein anderes Beispiel ist die App "Foldio Adventures – Ein Fuchs im Netz", mit der sich Kinder ab sieben Jahren durch eine interaktive Geschichte bewegen und dabei spielerisch Kompetenzen im Bereich Cyber-Sicherheit erlernen. Zielgruppengerecht können Kinder so für Gefahren im Internet sensibilisiert und schließlich davor geschützt werden. Mit diesen und weiteren Projekten setzt sich die Kinderschutzallianz gemeinsam mit verschiedenen Partnern aktiv für den Schutz von Kindern und die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt ein. Weitere Projekte sowie Informationen zu den Zielen und der Arbeit der Kinderschutzallianz gibt es im aktuellen Kinderschutzallianz- Newsletter.

Dieser steht Interessierten auf der Webseite der Initiative unter www.kinderschutzallianz.org zum Download zur Verfügung.

Günstige Drehleiter

(BS) Dass bei größeren Bestellungen manchmal der Preis pro Stück sinkt, kann man im eigenen Alltag beobachten. Gleiches gilt aber auch für das Ordern von Feuerwehrfahrzeugen. Eine Sammelbestellung für Drehleiter der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zahlte sich für beide aus.

Die Fahrzeuge für die Freiwilligen Feuerwehren Mecklenburg-Vorpommerns seien deutlich günstiger als bei einer Einzelbeschaffung. "Aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Innenministerien beider Länder hat Brandenburg die Drehleitern für beide Bundesländer Ende 2021 ausgeschrieben mit dem Ziel, dank höherer Stückzahlen den Preis zu verringern. Im Ergebnis haben wir pro Drehleiter etwa 200.000 Euro im Vergleich zu einer Einzelausschreibung gespart. Wir bezahlen pro Stück etwas mehr als 570.000 Euro. Bei Einzelausschreibung hätte jede um die 770.000 Euro gekostet", erklärte Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern Christian Pegel (SPD). Die Fahrzeuge sollen bis Ende 2024 ausgeliefert sein. Ähnliche Effekte ließen sich auch bei einer anderen gemeinsamen Sammelbeschaffung erzielen. So hätte der Kauf von elf Waldbrandlöschfahrzeugen des Typs Brandenburg dem Land Mecklenburg-Vorpommern einen Kostenvorteil von rund 800.000 Euro eingebracht, so Pegel. Er kündigte an, dass man sich in Zukunft auch für andere Anschaffungen auf das System der Zentralbeschaffung fokussieren wolle.

NeueStadt.org
Zukunft – Stadt und Region
Eine Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel
Krisenfeste Daseinsvorsorge
Public Corporate Governance
31.8.2022, 14.00 – 15.30 Uhr
Mehr unter: www.neuestadt.org

Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

112. Berufsfeuerwehr gegründet

(BS) Mit der Gründung der Berufsfeuerwehr im schleswig-holsteinischen Norderstedt gibt es nun 112 Berufsfeuerwehren in Deutschland. Damit gibt es nun fünf Berufsfeuerwehren in dem nördlichsten Bundesland.

Die Stadt ist mit der formalen Gründung der Berufsfeuerwehr den Vorgaben des Landes nachgekommen. Bisher hatte die Feuerwehr Norderstedt seit 2018 eine Sondergenehmigung des Innenministeriums, ohne eine Berufsfeuerwehrstruktur tätig zu sein. Aufgrund der steigenden Bevölkerungszahl wurde die Sondergenehmigung nicht mehr erteilt.

Oberbürgermeisterin der Stadt Norderstedt Elke Christina Roeder (SPD) mit Amtsleiter und Stadtwehrführer Fabian Wachtel neben sich (rechts von ihr) inmitten der hauptamtlichen Feuerwehrleute, die aus Anlass der Gründung der Berufsfeuerwehr neue Dienstgradabzeichen erhielten.

Foto: BS/Stadt Norderstedt

Keine zusätzlichen Kosten

Die Stadt Norderstedt bereite sich nach eigenen Angaben schon seit einigen Jahren auf den Schritt hin zu einer Berufsfeuerwehr vor. So würden die Strukturen, wie ein zuständiges Fachamt, die hauptamtliche Wachabteilung und eine 24/7-Bereitschaft, aus- und aufgebaut. Von den mehr als 50 Mitarbeitenden des Amtes 38 gehörten bislang 17 zur Wachabteilung. Bis Ende 2023 sollen mindestens zwölf hauptamtliche Feuerwehrleute hinzukommen. Da man sich seit langem auf den Tag X vorbereitet habe, entstünden durch die Gründung der Berufsfeuerwehr praktisch keine zusätzlichen Kosten, erklärte Fabian Wachtel, Leiter der Stadtfeuerwehr Norderstedt und des Amtes 38 der Stadtverwaltung.

"Bei dem anstehenden Schritt handelt es sich um die Herstellung der Gesetzeskonformität. Diese Maßnahme hat für die allermeisten von uns im Feuerwehralltag zunächst keinerlei und für wenige von uns nur sehr geringe Auswirkungen. Alle Einheiten unserer Feuerwehr werden weiterhin und konsequent als Feuerwehr Norderstedt auftreten", so Wachtel weiter.

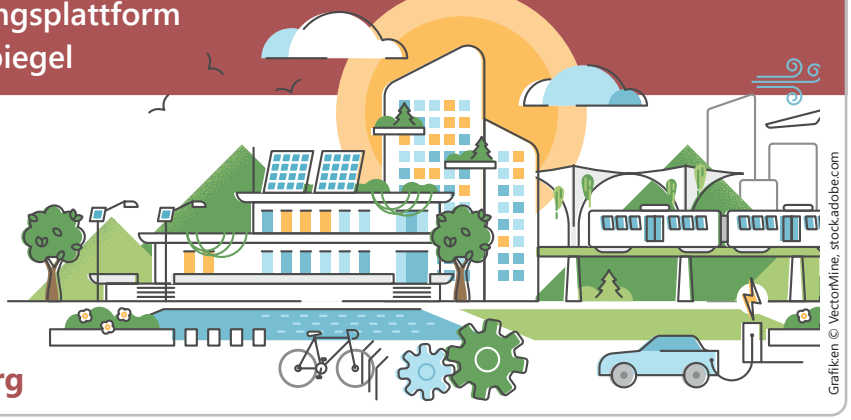
Konstante Zahl

(BS) Die Zahl von aktiven Feuerwehrangehörigen ist im Saarland konstant geblieben. Dies geht aus der Jahresstatistik 2021 der Feuerwehren im Saarland hervor. Die kommunalen Feuerwehren, also die Freiwilligen Feuerwehren und die Berufsfeuerwehr Saarbrücken, umfassten 2021 11.552 aktive Mitglieder. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl damit um nur sechs Mitglieder gesunken.

Dies sei trotz der Corona-Pandemie sehr erfreulich, so der saarländische Innenminister Reinhold Jost (SPD). "Dies ist ein Beleg für die herausragende Einsatzbereitschaft der Saarländerinnen und Saarländer in diesem ehrenamtlichen Bereich. Daher werde ich nicht müde zu betonen, wie wichtig es ist, unseren Feuerwehrangehörigen für ihr besonderes Engagement zu danken und Respekt zu zollen", erklärte Jost weiter. Ebenso ist erfreulicherweise die Zahl der Feuerwehrfrauen um 4,3 Prozent auf 1.236 angestiegen. Insgesamt liegt der Anteil der Feuerwehrfrauen bei 10,7 Prozent.

Hohe Einsatzzahlen

Im vergangenen Jahr rückten die Kräfte im Saarland zu 7.945 Einsätzen aus. Den größten Anteil machten Hilfeleistungen mit über 5.500 Einsätzen aus. Im Vorjahresvergleich lässt sich damit ein geringer Anstieg von 0,5 Prozent verzeichnen. Eine wesentlich stärkere Veränderung gab es bei der Zahl der Brandeinsätze. Diese sind um knapp zwölf Prozent auf 2.422 gesunken.

NeueStadt.org
Zukunft – Stadt und Region
Eine Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel
Urban Mining
Recycling statt wegwerfen
17.8.2022, 14.00 – 15.30 Uhr
Mehr unter: www.neuestadt.org

Grafiken © VectorMine, stockadobe.com

POLIZEITAGE 2022

24. August 2022 | Gewalt gegen Polizeibeschäftigte

Radisson Blu Conference Hotel|
Karl-Arnold-Platz 5, 40474 Düsseldorf

Eine Veranstaltung von Behörden Spiegel, Gewerkschaft der Polizei

08:50 Begrüßung der Gäste
Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen und
R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel

09:00 Eröffnung
Herbert Reul*, Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

09:30 Bodycam und Taser – Schutz für diejenigen, die uns schützen
Christian Scherf, Geschäftsführender Direktor, Axon Public Safety Germany SE

10:00 Beleidigt und Bespuckt - Geschlagen und Getreten - ES REICHT
Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen

10:30 Sicherheit mit Performance: SINA Workstation S (VS-NfD) wird fit für Videokonferenz und -Bearbeitung
Uwe-Andreas Demsky, Senior Key Account Manager, secunet Security Networks AG

11:00 KAFFEEPAUSE

11:30 Psychosoziale Unterstützung - Fürsorgepflicht der Vorgesetzten und Erwartungen an die Organisation
Thomas Kubera, Polizeipräsident, Polizeipräsidium Hamm

12:00 Fahrzeugschutz im europäischen Vergleich
Adrian Jochum, Lieutenant Colonel (Res), Key Account Manager, KRD Sicherheitstechnik GmbH

12:30 Volker Lange, ehemaliger Leiter der Polizeiinspektion 3 Köln-Ehrenfeld

13:00 Ganzheitliche Einsatzführung – Erfahrungsbericht des Projektes EFS der Polizei Hessen
Nicole Schraut-Stahl, Projektleitung EFS der Polizei Hessen
Christian Tost, Polizeihauptkommissar, Projektmanager EFS der Polizei Hessen

13:30 MITTAGSPAUSE

14:30 Gewalt gegen Einsatzkräfte
Falk Schnabel, Polizeipräsident Köln

15:00 Pathfinder – Massendatenanalyse von verschiedenen Digitalen Datenquellen
Peter Zontek, Senior Sales Director EMEA, Cellebrite GmbH

15:20 KAFFEEPAUSE

15:50 Mobile Audio- Videovernehmung – mehr Zeit für den Beamten auf der Straße
Tim Ludwig, Representative DACH region, Indico Systems AS - secure recording solutions

16:10 Politische Diskussionsrunde
Leitung: R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel
Teilnehmer: Andreas Bialas, MdL, SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Dr. Christos Katzidis*, MdL, CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Marc Lürbke, MdL, FDP-Landtaksfraktion Nordrhein-Westfalen
Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen
Verena Schäffer*, MdL, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen

Programmpartner: AXON, eurofunk, KASICLAS, secunet

Technologiepartner: Cellebrite, indico systems

Weitere Partner: BDSV, bdr, deconta, MERKUR SERVICE, LORACS, MAGNET FORENSICS, SPEEDSAFE, stashcat, ULBRICHTS

Impressum
Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.
Redaktionelle Leitung: Bennet Klawon. Redaktion: Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Matthias Lorenz, Dr. Eva-Charlotte Proll, Sven Rudolf, Paul Schubert. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistenz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).
ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,
E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.
Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von “Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe”. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten (“Links”), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.